

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, fordert den Verkehrsminister auf, wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Tempolimit nicht länger zu ignorieren: Lesen Sie, Herr Dollinger! Seite 1

Ernst Welteke MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, würdigt acht Jahre und hundert Tage Ministerpräsident Holger Börner: Realpolitik im guten Sinn des Wortes. Seite 3

Ulrich Lang MdL, Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, verurteilt das Unions-Lavieren in der Umweltpolitik: Späth hat Zimmermann eingeholt. Seite 5

Jannis Sakellariou MdEP fordert alle Demokraten auf, ihre Stimme gegen die Hinrichtung in der Türkei zu erheben: Staatlich inszenierter Mord. Seite 6

39. Jahrgang / 198

12. Oktober 1984

Lesen Sie, Herr Dollinger!

Der Verkehrsminister darf die wissenschaftlichen Untersuchungen zum Tempolimit nicht länger ignorieren

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In der Frage Tempolimit ist die Bundesregierung inzwischen in die Ecke gedrängt. Erstmals gibt es in der Bundesrepublik eine Mehrheit für Geschwindigkeitsbeschränkungen: 55 Prozent würden eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km pro Stunde auf den Autobahnen befürworten; verknüpft man diese Frage mit dem Hinweis, daß dies ein Beitrag zur Rettung des Waldes sei, erhöht sich der Anteil der Befürworter einer Geschwindigkeitsbegrenzung sogar auf 75 Prozent (laut Ennid Umfrage). Es ist schon merkwürdig, daß die Bundesregierung mittlerweile nicht einmal mehr gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse zur Kenntnis nimmt, sondern statt dessen Gerüchte und Unwahrheiten verbreitet. Jüngstes Beispiel sind die Interviews von Bundesverkehrsminister Dollinger.

1. Dollinger erweckt den Eindruck, es gäbe (vor allem große) Autos, deren Schadstoffausstoß bei Tempo 100 größer sei als bei - der von Dollinger so bezeichneten "vernünftigsten" Drehzahl - bei Tempo 130 oder 150. Das ist falsch. Alle Untersuchungen bestätigen, daß der Ausstoß von Stickoxiden mit steigender Geschwindigkeit bei allen Größen- und Altersklassen zunimmt.

Noch etwas spricht gegen Dollinger: Nach einer Untersuchung des TÜV's Rheinland-Westfalen produziert das größere schwerere Auto selbst bei gleichem Tempo mehr Stickoxide als der durch Dollinger in Verdacht geratene Kleinwagen.

2. Dollinger behauptet, beim Tempolimit gäbe es mehr Staus. Das Gegenteil ist richtig. Bei Tempo 100 auf den Autobahnen und Tempo 80 auf den Landstraßen wird



der Verkehr gleichmäßiger fließen. Es wird weniger Beschleunigungsvorgänge geben, die mit besonders hohem Schadstoffausstoß verbunden sind. Es wird auf unseren Straßen weniger LÜCKENSPRINGER und damit weniger "Ziehharmonikafahren" geben. Gleichmäßige Geschwindigkeit bedeutet gleichmäßiger Verkehrsfluß, bedeutet niedrigerer Schadstoffausstoß.

3. Dollinger behauptet, daß bei einem Tempolimit die Schadstoffe Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffe im Abgas steigen. Auch das ist nicht richtig. Lediglich die Automobiliobby hat bisher solche Behauptungen aufgestellt. Das Umweltbundesamt hat nachgewiesen, daß bei diesen Berechnungen von falschen Statistiken und falschen Verkehrszyklen ausgegangen worden ist.
4. Dollinger bestreitet, daß die Einführung des Tempolimits eine raschere Senkung der Stickoxidemissionen herbeiführt als die Einführung des Katalysatorautos nach dem Zeitplan der Bundesregierung. Richtig dagegen ist: Wenn nur 70 Prozent der Autofahrer das vorgeschriebene Tempolimit einhalten, so wird es zu einer Stickstoffreduktion pro Jahr um mindestens 182.000 Tonnen kommen. Das entspricht immerhin 18 Prozent des gegenwärtigen Stickoxidausstoßes. Hinzu tritt die Entlastung von circa 420.000 Tonnen Kohlenmonoxidemissionen und circa 12.000 Tonnen Kohlenwasserstoffemissionen pro Jahr.

Nach dem von der Bundesregierung vorgesehenen Zeitplan zur Einführung des Katalysatorautos wird sich eine solche Minderung der Stickoxidemissionen erst 1990 realisieren lassen können.

5. Und schließlich tut Dollinger so, als behindere gerade die Diskussion um das Tempolimit die Einführung des Katalysatorautos. Als ob diese Bundesregierung die Verzögerungen nicht selbst verschuldet hätte! Als ob unsere EG-Partner, die auch seit Monaten Widerstand gegen die Einführung des Katalysatorautos leisten, nicht selbst auf die Tatsache gestoßen wären, daß es in der Bundesrepublik immer noch freie Fahrt für Raser und damit unnötige Umweltverschmutzung durch Pkws gibt. Aus dieser Glaubwürdigkeitlücke wird die Bundesregierung auch so schnell nicht herauskommen.

Statt immer neue "Großversuche" zum Tempolimit zu beschließen, sollte sich die Bundesregierung einmal hinsetzen und die vorliegenden Untersuchungen namhafter Institute wie dem Umweltbundesamt, dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, der Bundesanstalt für Straßenwesen, der Technischen Universität Berlin, des Rheinisch-Westfälischen TÜV's ordentlich studieren. Diese Lektüre darf man von einem verantwortlichen Minister erwarten.
(-/12.10.1984/ks/rs)

+ + +



Realpolitik im guten Sinn des Wortes

Acht Jahre und 100 Tage Ministerpräsident Holger Börner

Von Ernst Melteke MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Hessen

Heute ist auf zwei wichtige landespolitische Daten hinzuweisen, die, unabhängig von der aktuellen Auseinandersetzung im Landtag, gerade in dieser Plenarwoche Beachtung verdienen: Den 8. Jahrestag der ersten Wahl von Holger Börner zum Hessischen Ministerpräsidenten am 12. Oktober 1976 durch den Hessischen Landtag und den damit zeitgleich zusammenfallenden Zeitraum der ersten 100 Tage der im Juli gebildeten neuen Landesregierung.

Holger Börner, der damit einer der dienstältesten Ministerpräsidenten der Bundesrepublik ist, hat in diesen acht Jahren unter schwierigen politischen Bedingungen wegweisende Markierungen für unseren Staat und die sozialdemokratische Partei gesetzt. Nie ist in der hessischen Nachkriegsgeschichte innerhalb so kurzer Zeit ein so grundlegender Wandel der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erfolgt wie in dieser Zeit. Wenn dennoch vor diesem Hintergrund die Sozialdemokraten in besonderer Geschlossenheit und Einsatzfreude - gestützt auf das zweitbeste Wahlergebnis der SPD bei Landtagswahlen in Hessen - an die Arbeit gehen, zeigt sich darin eine politische Leistung des Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten von herausragendem Maß.

Stichworte, wie die nachhaltige Sanierung der Hessischen Landesbank, die Konsolidierung der Bildungsreform oder die Auflösung der Stadt Lahn, sind in der heutigen schnelllebigen Zeit von den meisten schon fast wieder vergessen. Und doch bedeuteten sie noch vor wenigen Jahren den Abschluß einer Phase politischer Auseinandersetzungen, die das Land und auch die SPD vor schwere Zerreißproben stellten.

Gleiches gilt für die Straffung der Organisation der Hessen-SPD. Die von Holger Börner als eine der ersten Maßnahmen als Landesvorsitzender eingeleitete Organisationsreform mit der Gründung des Landesverbandes 1977 legte das unerläßliche Fundament für die Schlagkraft und Leistungsfähigkeit der Partei und die Basis für die Erfolge bei den drei Landtagswahlen 1978, 1982 und 1983, die trotz höchst unterschiedlicher Situation nicht nur in Hessen, sondern weit darüber hinaus als Überraschung, ja sogar Sensation empfunden worden sind.

Unter Holger Börners Führung hat die Partei diese Erfolge erstritten, obwohl in keiner anderen Partei sich der Umbruch und Wertewandel und die damit verbundenen Konflikte



mit einer solchen Heftigkeit widergespiegelt haben. Die Auseinandersetzung um die Verkehrspolitik, insbesondere um den Ausbau des Frankfurter Flughafens sind dafür ebenso Beleg, wie das Ringen um eine verantwortungsbewußte Energiepolitik. Standfestigkeit, ja Härte bei der Wahrnehmung der Interessen von Arbeitnehmern und ihren Familien einerseits und dennoch Offenheit für neue Fragestellungen haben zum Erfolg beigetragen. Er war mit der Vorlage seines Programms für Vollbeschäftigung und sozialen Frieden im Frühjahr 1982 maßgeblich an den Münchner Parteitagsbeschlüssen der SPD beteiligt, die eine wichtige Konkretisierung waren in dem Bemühen um eine zeitgerechte Antwort auf die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Probleme der 80er Jahre.

Auf sein Drängen und unter seiner Verantwortung hat die hessische SPD das Programm "Arbeit und Umwelt" vorgelegt, dessen entscheidender Denkansatz darin liegt, von der falschen Alternative Ökologie oder Ökonomie wegzukommen und eine Politik zu verfolgen, die belegt, daß in vielen Bereichen zukunftsorientierte und damit dauerhafte Arbeitsplätze nur zu gewährleisten sind, wenn sie den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage mit einbeziehen.

Die ersten 100 Tage der neuen Regierung haben uns auf diesem Weg ein gutes Stück vorangebracht. Die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen, die hohe und damit beschäftigungswirksame Investitionsquote des Haushalts und ihre Umsetzung, Wohnungsbau, Dorferneuerung, Umweltschutzinvestitionen, Programm gegen das Waldsterben, Datenschutz, Energiegesetz, Abfallwirtschaft, Bildungsurlaub, Absicherung der Förderstufe, menschenwürdige Ausländerpolitik, Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit der Kommunen und mehr soziale Gerechtigkeit sind verwirklicht oder auf den Weg gebracht.

Holger Börner ist ein Realpolitiker im guten Sinne des Wortes. Aufgabe der Politik und der Politiker ist es eben, wie er sagt, nicht besserwisserisch und dogmatisch alte Positionen fortzuschreiben, sondern Lösungen zu finden und tatkräftig und zügig umzusetzen, die den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen angemessen sind und den Interessen und dem Auftrag ihrer Wähler entsprechen.

Die letzten Wahlergebnisse und die zu erwartenden zeigen, wie auch die Bemerkungen nachdenklicher konservativer Politiker, wie Biedenkopf, daß die von Holger Börner eingeleitete Öffnung der SPD zu den ökologischen Bewegungen und damit der Beginn ihrer Integration in die demokratische Gesellschaft einmal eine historische Leistung genannt werden könnte.

(-/12.10.1984/rs/fr)

+ + +



Späth hat Zimmermann als Ankündigungsminister eingeholt

Dem Unions-Lavieren steht das Erfordernis wirksamer umweltpolitischer Maßnahmen gegenüber

Von Ulrich Lang MdL

Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Geredet ist jetzt wahrlich genug. Was wir jetzt brauchen sind keine Großversuche, was wir jetzt brauchen ist entschlossenes Handeln. An den Punkten, an denen wir konkret ansetzen können. Wenn wir warten, bis wir alle Erscheinungen der Umweltschädigung bis in die letzten Verästelungen analysiert und erforscht haben, ist der Wald tot, ist das Grundwasser unbrauchbar, wird die Luft weiter verpestet und konzentriert sich noch mehr Gift in unseren Böden.

Wir brauchen jetzt keine verzettelten Einzelmaßnahmen, sondern ein ineinandergreifendes Maßnahmenpaket.

Dazu gehört für mich

- die Einführung von Abgaskatalysatoren für alle Neuwagen zum 1. Januar 1986,
- die Umrüstung von Altwagen, wo dies technisch möglich ist,
- die umgehende Einführung eines differenzierten Tempolimits (30kmh in Wohngebieten, 80 kmh auf Landstraßen, 100 kmh auf Autobahnen, 130 kmh für abgasarme Autos),
- auf freiwilliger Basis rechtsverbindliche Vereinbarungen mit der Industrie zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes - nicht nur mit den Kraftwerksbetreibern - über die gesetzlich vorgegebenen Normen hinaus,
- die Entschwefelung des Heizöls und Umrüstungshilfen für kleine Heizanlagen in öffentlichen Einrichtungen, bei Gewerbe und privaten Haushalten.

Als eigenen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung hat die SPD Baden-Württemberg deshalb eine große Unterschriftenaktion gestartet, die unter dem Motto "AbGas weg!". Die verbindliche Einführung von Katalysatoren zum Jahr 1986 und die sofortige Einführung eines Tempolimits fordert. Die Unterzeichner der Aktion wollen mit ihrem eigenen Verhalten diesen Forderungen Nachdruck verleihen. Zu den Prominenten-Erstunterzeichnern gehören Hans-Jochen Vogel, Alex Möller und Erhard Eppler.

Nur noch peinlich ist inzwischen der Stil der CDU in der Umweltpolitik, die diesen Namen längst nicht mehr verdient. Gerade in Baden-Württemberg, dem walddreichsten Bundesland, wird das Lavieren der Herren Späth und Teufel immer unverständlicher. Nach ihrem Unfall in der Frage der verbindlichen Einführung von Abgaskatalysatoren für alle Neuwagen ab 1. Januar 1986 hat sich die Südwest-CDU jetzt dem Kurs des Tempolimit-Gegners Zimmermann angeschlossen, der trotz klarer Sachlage, mit diesem eher betulichen Tempolimit-Versuchs-Manöver Zeit gewinnen möchte, um Argumente über die angebliche Nutzlosigkeit eines Tempolimits zu finden.

In der Ankündigungs- und Umfallopolitik im Umweltbereich hat Herr Späth den Ankündigungsminister Zimmermann eingeholt. Der Lack geht langsam, aber gründlich ab. Wer im Land sterbende Wälder hat, wer die Verantwortung für die Gesundheit der Menschen und der Natur trägt, handelt mit dieser Politik des Zauderns und der Lobbyhörigkeit gegen die Erfordernisse einer rationalen Politik, die bisweilen auch unpopuläres durchsetzen muß.

Daß die Meister des Kneifens vor den aktuellen umweltpolitischen Erfordernissen im eigenen Laden zunehmend ihren Anhang verlieren, zeigen die Anzeichen eigenständigen Denkens bei den CDU-Frauen und bei der Jungen Union. Selbst im südbadischen, wo die Reihen der Union ansonsten in geordneten Heerhaufen marschieren, gibt es jetzt Ausreißer, so verlangt der CDU-Kreisvorstand der Schwarzwald-Baar in einer Schönwälder Erklärung, die Einführung umweltfreundlicher Katalysator-Autos vom 1. Januar 1986 an.

(-/12.10.1984/ks/rs)

+ + +



Staatlich inszenierter Mord

Alle Demokraten müssen gegen die Hinrichtung in der Türkei ihre Stimme erheben

Von Jannis Sakellariou MdEP

In der vergangenen Woche, am 7. Oktober, wurde in der Türkei erstmals seit den sogenannten Wahlen vom 6. November 1983 ein Todesurteil vollstreckt. 18 weitere Vollstreckungen stehen bevor. Diesen staatlich inszenierten Mord hatte General Kenan Evren mit einer Rede eingeleitet, in der er die Brutalität seines Regimes in einem einzigen Satz in zynischer Menschenverachtung zusammenfaßte: "Sollen wir die Verräter weiter füttern, statt sie hinzurichten?"

Wir alle wissen, wie Gerichtsverfahren gegen Regimegegner in der Türkei ablaufen: Mehrere Hunderte von gehetzten und gefolterten Angeklagten sitzen zusammengepfercht vor ihren Militärrichtern. Es gibt so gut wie keine Verteidigung und auch keine Beweisführung.

Aufgrund bloßer Verdächtigungen werden Menschen im Eiltempo zu drakonischen Strafen, bis hin zu Todesstrafe, abgeurteilt. Sie werden für solche Verbrechen, wie

- Freie Meinungsäußerung,
- Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft,
- oder Veröffentlichung eines Artikels

verurteilt.

Sie werden auch verfolgt, gefoltert und abgeurteilt aus einem anderen einfachen Grund: Weil sie Angehörige des kurdischen Volkes sind, das nach offizieller staatlich-türkischer Auffassung gar nicht existiert und demnach auch gar nicht existieren darf.

Die politischen Gefangenen und Regimegegner werden in der Türkei allesamt als "Terroristen" geführt und es ist beschämend, daß dieses Vokabular bei uns kritiklos übernommen wird. Niemand sollte vergessen, wer alles mit dieser Qualifizierung in der jüngsten Vergangenheit Europas bedacht worden ist; ich habe in der jüngsten Sitzung des Europäischen Parlaments stellvertretend für Patrioten und Widerstandskämpfer aller Nationen Europas und für alle politische Richtungen drei Männer genannt:

o Graf Stauffenberg

o Julius Leber

o Ernst Thälmann.

Es gibt zweifelsohne in der heutigen Türkei "Terroristen". Wir nennen sie aber nicht beim Namen. In unseren Massenmedien werden sie

- o Staats- oder Ministerpräsident,
- o Richter, Staatsanwalt,
- o Abgeordneter, Professor oder General
tituliert.



In der Türkei haben Wahlen stattgefunden, - sogar zweimal im letzten Jahr. Mancher von uns hat gehofft, das türkische Schattentheater vom 6. November 1983 und 6. März 1984 wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wer so dachte, hat sich getäuscht!

Dieses Gebilde wird auch nach der geltenden türkischen Verfassung als Henkergehilfe des Regimes mißbraucht: Wie kann man sonst die Tatsache interpretieren, daß ausgerechnet ein Ausschuß dieses sogenannten Parlaments damit befaßt ist, die Vollstreckung der Todesurteile freizugeben?

Ich bin überzeugt davon, daß es dem Europäischen Parlament aber auch den übrigen freigewählten Volksvertretungen im besonderem Maße aufgegeben ist, durch eine Verurteilung des faschistischen Regimes der Generale in der Türkei, seinen Respekt vor dem türkischen Volk, das gegen das Unrechtsregime kämpft, zu bekunden. Das Europäische Parlament hat in dieser Woche seine Solidarität gegenüber allen türkischen und kurdischen Freiheitskämpfern, die in den Gefängnissen von Diyarbakir, Mamaya und anderen, den Glauben an Freiheit und Demokratie nicht aufgeben, unterstrichen.

Eine Mehrheit quer durch alle Fraktionen - von den britischen Konservativen bis zur Linken - hat die Vollstreckung der Todesstrafe an Ilyas Has verurteilt und seiner Befürchtung Ausdruck verliehen, daß die staatlichen Mordkommandos bald 18 weitere türkische Gefangene - unter ihnen Hidir Aslan töten könnten. Wir haben daran erinnert, daß die Kriegsgerichte im "Fließband-Verfahren" die Regimegegner zum Tode verurteilen und daß die sogenannten Wahlen in keiner Weise die Brutalität der politischen Unterdrückung in der Türkei gemildert haben. Die Forderung der EP-Mehrheit an die Türkei lautet, "die Vollstreckung aller weiterer Todesurteile mit sofortiger Wirkung auszusetzen".

In der Konsequenz dieses Beschlusses liegt auch, daß das Parlament - trotz aller Bemühungen von türkischer Seite und ihrer Verbündeten im EP - die Beziehungen des EP zur türkischen Nationalversammlung weiterhin eingefroren bleiben. Sie sollen erst wieder belebt werden, wenn der gegenwärtig ruhende Assoziationsvertrag mit Ankara wieder in Kraft gesetzt ist und das EP sich erneut über die Entwicklung in der Türkei - mit befriedigendem Ergebnis - informiert hat.

Aus deutscher Sicht hat der Beschluß des Europäischen Parlaments allerdings einen erschütternden Aspekt: Während niederländische, dänische und französische Christdemokraten gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen an der Verurteilung der brutalen Diktatur mitwirkten, begaben sich die deutschen Mitglieder der EVP-Fraktion in die Isolation der Nein-Stimmen und Enthaltungen. (-/12.10.1984/ks/rs)

+ + +

